??.??.2015

Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der Gemeinde ???? ,

Die derzeit von der EU verhandelten Freihandelsabkommen sind sehr weitreichend. Auch die Kommunen und die kommunale Demokratie werden davon betroffen sein. Wir möchten den Gemeinderat dazu auffordern eine Resolution zu den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA zu verabschieden, und sich gegen **alle Vorstöße** **zur Einschränkung der kommunalen Demokratie** auszusprechen.

Dem schon fertig verhandelten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und an die Öffentlichkeit gelangten Positionspapieren zu TTIP ist zu entnehmen, dass TTIP Vorstöße beinhalten wird, die das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung verletzen und dadurch Gestaltungs- und Regulierungsfreiheiten der Kommunen ohne Not und unumkehrbar einschränken. Außerdem wird die öffentliche Daseinsvorsorge noch stärker als bisher unter Liberalisierungsdruck geraten.

 Konkrete Auswirkungen der Abkommen auf die kommunale Demokratie:

* Re-Kommunalisierungsverbote über sogenannte Rachet- und Stillstandsklauseln: diese Klauseln frieren das Niveau der Liberalisierung ein und machen es zum Vertragsbruch einmal privatisierte Dienstleistungen wieder ausschließlich kommunal zu organisieren.
* Verbote von Beschränkungen beim Niederlassungsrecht, z.B. hinsichtlich der Zahl zugelassener Unternehmen (Quoten, Monopole, wirtschaftliche Bedarfstests), des Werts der Investition, der Menge des Outputs oder der Höhe ausländischer Kapitalbeteiligungen + Auflagen, die den Unternehmen die Wahl einer Rechtsform vorschreiben.
* Aufgrund der Klagemöglichkeit von Konzernen auf Grundlage des Prinzips der „billigen und gerechten Behandlung“, können kommunale Maßnahmen wie eine Mietbremse oder Vereinbarungen über Sozialchartas bei der Veräußerung städtischen Wohnungseigentums oder auch kommunale Ausgleichszahlungen an die Träger der freien Wohlfahrtspflege, Krankenhäuser oder gemeinnützige Wohnungsgesellschaften vor internationalen Schiedsgerichten zu Schadensersatzzahlungen führen. Das Recht zu subventionieren, was der Gemeinderat als gemeinwohlförderlich ansieht, steht auf dem Spiel.
* Ausschreibungspflichten bei öffentlichen Projekten werden ab bestimmten Schwellenwerten EU-USA-weit gelten. Dadurch wird erschwert, bei Entscheidungen über den Zuschlag neben der Preishöhe ökologische und soziale Kriterien geltend zu machen und die regionale Wirtschaft zu stärken.

Diese und weitere Eingriff in die kommunale Demokratie sind vehement abzulehnen und erfordern ein aktives Einwirken des Gemeinderates und des Oberbürgermeisters zur Verhinderung der geplanten Maßnahmen bei TTIP, bei CETA (Abkommen mit Kanada) und TiSA, einem Abkommen zur Liberalisierung von Dienstleistungen zwischen EU, USA und 21 weiteren Industrie-und Schwellenländern.

Wir bitten die Gemeinderät/innen inständig die Vorschläge aus der hier mitgeschickten Musterresolution zu TTIP beachten und sich mit den konkreten Folgen der Abkommen für unsere Kommune auseinanderzusetzen.

Die Abkommen betreffen sehr viele Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens und sind so gut wie unumkehrbar. Deswegen ist eine frühzeitige Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über Informationsveranstaltungen für den demokratischen Willensbildungsprozess in dieser Sache absolute Voraussetzung.

Mit besten Grüßen,

Bürgerin ???

Bürger ???

Bürgerin ???

PS: Detaillierte Informationen zur Demokratie-Gefährdungen für die Kommunen : http://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/09/Campact\_TTIP\_vor\_Ort.pdf

Und hier aufgezeigt am Fallbeispiel Hamburg:

http://blog.campact.de/wp-content/uploads/2015/01/Campact\_TTIPCETA\_Hamburg.pdf